

Zur Bestimmung der Freiheit in freier Kultur

Prinzipien der Netzkultur

Felix Stalder

10.10.2012 / 10 Minuten zu lesen

Die Beurteilung, ob es sich bei der Wikipedia um ein "freies Projekt" handelt, ist an die Grundprinzipien einer freien Kultur geknüpft. Sie erfolgt jedoch auch in dem Bewusstsein, dass in der Praxis vor allem Grade der Freiheit erscheinen.



Richard Stallman bei einem Vortrag im St. Josephs College im indischen Bangalore (© AP, Aijaz Rahi)

Richard Stallman, der Gründer der Freien Software Bewegung, hat Mitte der 1990er Jahre vier Kernthesen als unabdingbar für Freiheit im Umgang mit Software definiert. Offenheit, Transparenz, Partizipation. Einige der zentralen Werte der Netzkultur haben den engeren Rahmen der digitalen Medien verlassen – falls diese überhaupt noch eingegrenzt werden können und nicht bereits allgegenwärtige Infrastruktur geworden sind – und sind zu positiv konnotierten Werten sozialer Prozesse im Allgemeinen geworden. Es gibt heute kaum mehr jemanden, der sich aktiv dagegen aussprechen würde. Die meisten politischen Parteien und die große Mehrheit zivilgesellschaftlicher Organisationen scheinen mehr Offenheit, mehr Transparenz, mehr Partizipation nicht nur zu begrüßen, sondern auch aktiv fördern zu wollen.

Das sollte aber nicht darüber hinweg täuschen, dass wir in einem kognitiven Kapitalismus leben, einem wirtschaftlichen und politischen System, das zentral auf der "Ressource Wissen" beruht und die geistigen Fähigkeiten der Subjekte (und weniger ihre physische Arbeitskraft) zur Wertschöpfung heranzieht. Dazu werden ständig Wege gesucht, um neue Zonen der Exklusivität, der Schließung und der Intransparenz, das heißt proprietärer Information zu schaffen. Ohne solche Prozesse kann die Abschöpfung von Mehrwert und dessen Umwandlung in Profit für Investoren und Shareholder nicht funktionieren. Wenn in solchen, kommerziellen Prozessen von Offenheit, Transparenz und Partizipation gesprochen wird, dann ist zumindest eine gesunde Skepsis geboten, was die Verwirklichung dieser Prinzipien betrifft. Denn gerade Firmen, die sich in der Öffentlichkeit am stärksten dafür einsetzen, sind oft am wenigsten bereit, diese Prinzipien auch auf ihre eigenen, internen Prozesse und Datenbestände anzuwenden. Das ist aus kommerziellen Gründen nachvollziehbar, führt aber dazu, dass diese Werte oftmals zu reinen Marketing-Schlagworten verkommen und dass dadurch die sozialen Prozesse, die hinter diesen Diensten stehen oder durch diese erzeugt werden, eher verschleiert als transparent werden.

Fuster Morell^[1] nennt diesen Prozess, in Analogie zu [greenwashing](https://de.wikipedia.org/wiki/Greenwashing) [Link: <https://de.wikipedia.org/wiki/Greenwashing>], wikiswashing: Unternehmen bemühen eine Rhetorik von Offenheit und Transparenz, obwohl die Nutzungsbedingungen ihrer Dienstleistungen genau dies verhindern. Sie tun dies, so Fuster, um den möglichen Konflikt zwischen ihrer eigenen kommerziellen Orientierung und der sozialen, nicht-kommerziellen Orientierung ihrer Nutzer und der Gemeinschaften, die diese bilden, zu verschleiern. Google und Facebook sind hier bekannte, aber keineswegs die einzigen Beispiele für diese Strategie. Sie äußert sich unter anderem dadurch, dass Nutzungsbedingungen kaum verständlich formuliert werden. Bei einem Unternehmen wie Google, dessen oberstes Ziel es ist "die Informationen der Welt zu organisieren und für alle zu jeder Zeit zugänglich und nützlich zu machen", ist diese Unzulänglichkeit, die eigenen Richtlinien zum Schutz der Privatsphäre verständlich zu formulieren und leicht auffindbar zu machen, wohl kein Zufall.

Wenn wir also davon ausgehen müssen, dass es sich bei vielem, was unter den Stichworten Offenheit, Transparenz, Partizipation beworben und betrieben wird, um mehr oder weniger deutliche Fälle von Etikettenschwindel handelt, dann stellt sich die Frage, unter welchen Bedingungen diese Werte realisiert werden können. Dies klar zu bestimmen ist insofern schwierig, da es sich in ihrer Umsetzung immer um Abstufungen handelt. Schwarz oder Weiß gibt es nicht. Völlige Transparenz ist ebenso wenig erzielbar (und auch gar nicht wünschenswert) wie auch die schwärzeste aller [black boxes](http://de.wikipedia.org/wiki/Black_Box) [Link: http://de.wikipedia.org/wiki/Black_Box] gewisse Einblicke in ihre inneren Prozesse erlaubt. Dasselbe lässt sich über Offenheit und Partizipation sagen. Sie können niemals vollständig gegeben oder abwesend sein, nur in einem größeren oder kleineren Umfang an zentraleren oder peripheren Stellen des Systems realisiert oder verhindert sein. Es ist in der Praxis also wenig produktiv zu fragen, ob ein System, ein Prozess oder ein Projekt transparent, offen und/oder partizipativ ist. Viel produktiver ist es zu untersuchen, welche Aspekte offen und welche geschlossen sind, welche Dinge transparent gemacht werden und welche unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden, und wo Partizipation ermöglicht und wo sie verhindert wird.

Grundlagen der informationellen Freiheit

Ein guter Startpunkt für eine Untersuchung dieser Fragen im Kontext digitaler Medien bilden die vier Freiheiten, die Richard Stallman, der Gründer der [Freien Software Bewegung](http://www.gnu.org/philosophy/free-sw.de.html) [Link: <http://www.gnu.org/philosophy/free-sw.de.html>], Mitte der 1990er Jahre als unabdingbar für Freiheit im Umgang mit Software definierte:

1. Die Freiheit, ein Werk für jeden Zweck einsetzen zu dürfen.
2. Die Freiheit, untersuchen zu dürfen, wie ein Werk funktioniert, und es den eigenen Bedürfnissen anzupassen.
3. Die Freiheit, das Werk an andere weiterzugeben und Kopien für andere machen zu dürfen.
4. Die Freiheit, das Werk zu verbessern zu dürfen und diese Verbesserungen zum allgemeinen Wohl zugänglich zu machen.

Freiheiten eins und drei zielen vor allem auf die Nutzer. Ihnen wird garantiert, dass sie nicht daran gehindert werden können, ein Werk so einzusetzen, wie sie es für richtig halten und dass sie auch nicht daran gehindert werden können, ein Werk von dessen Nutzen sie überzeugt sind, anderen weiter zu geben. Im ersten Schritt wird also die individuelle Freiheit gestärkt, im zweiten die Möglichkeit, selbstbestimmt Gemeinschaften zu bilden. Die Freiheiten zwei und vier zielen vor allem auf die Produzenten. Mit Freiheit Nummer zwei wird verhindert, dass Wissensmonopole und damit unfreiwillige Abhängigkeiten entstehen und mit Freiheit Nummer vier wird ermöglicht, dass die Produzenten Gemeinschaften aufbauen können. Dies ist besonders im Softwarebereich sehr wichtig, denn Software entsteht immer kooperativ. Abgesehen von Kleinstprogrammen (einfache Werkzeuge oder Apps) ist Software so komplex, dass sie nie von einem einzelnen und nur unter Schwierigkeiten von geschlossenen Teams entwickelt werden kann. Da sowohl die Freiheiten der Nutzer als auch der Produzenten garantiert ist, wird es einfach möglich, zwischen diesen Rollen zu wechseln. Zusammen ergeben die vier Freiheiten eine entscheidende Dimension von offenen Prozessen: Die Möglichkeit, von der Rolle des Nutzers zu der des Produzenten zu wechseln, und damit in die weitere Entwicklung einer Ressource einzugreifen. Sind diese Rollen stark getrennt, wie in den meisten Web2.0 Projekten, dann muss man auch davon ausgehen, dass Transparenz und Partizipation nur zu einem geringen Grad möglich sind.

Diese Grundfreiheiten werden rechtlich verbindlich in freien Lizenzen, etwa der GNU Public License (GPL) oder Creative Commons Lizenzen geschützt. Die Anwendung einer freien Lizenz, und damit die Sicherung der informationellen Freiheit in einem formal-juristischen Sinne, alleine genügt aber nicht, um informationelle Freiheit auch in der Praxis zu realisieren. Sie ist aber eine wichtige, ja wohl unabdingbare Voraussetzung dafür. Denn ist die freie Lizenzierung gegeben, dann stellt sich die Frage nach dem technischen, organisatorischen und kulturellen Umgang mit Informationen und den daraus resultierenden Dynamiken.

Grade der Freiheit

Viele Daten und Informationen, die etwa die öffentliche Hand sammelt und erstellt, sind formal-juristischen frei zugänglich: Sie bilden Teil der public domain, jenem Bereich des informationellen Landschaft, der nicht unter dem Urheberrecht steht und damit von allen ohne Einschränkungen genutzt werden darf. Nur sind die Daten und Informationen in der Praxis durch prozedurale oder technische Hürden oftmals schwer zugänglich. Dies kann sein, weil sie einzeln durch Anfragen auf Grundlage des Informationsfreiheitsgesetzes (Gesetz zur Regelung des Zugangs zu Informationen des Bundes) angefordert werden müssen, oder weil sie in technischen Formaten publiziert (etwa pdf) werden, die eine effiziente Nutzung erschweren. Die open data-Bewegung hat sich zum Ziel gesetzt, diese Hürden abzubauen, in dem offene Standards für die maschinenlesbare Publikation solcher Daten definiert und implementiert werden. Offen ist ein Standard dann, wenn seine Spezifikationen vollständig publiziert sind und die Nutzung keinen Einschränkungen unterliegt. Das verhindert, dass durch den Standard eingeschränkt werden kann, mit welchen Mitteln/Applikationen auf die Daten zugegriffen und zu welchem Zweck die Daten ausgewertet werden. Durch open data [Link: <https://www.bpb.de/themen/daten/opendata/#page-open-data>] wird es möglich, bereits formal vorhandene Transparenz im Alltag relevant zu machen. Auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung (Bund, Länder, Kommunen) gibt es aktuell open data-Projekte. Das Ringen findet darüber statt, welche Datensätze tatsächlich so zugänglich gemacht werden sollen, wie diese Bereitstellung finanziert werden kann, und welche sinnvollen Nutzungen sich auf Basis dieser Daten entwickeln und finanzieren lassen. Es ist dieses Ringen um konkrete Daten und Implementierungen, das bestimmen wird, ob hier lediglich einige Verwaltungsabläufe effizienter gestaltet werden, oder ob tatsächlich Zonen der Transparenz öffentlicher Institutionen entstehen, auf die dann auch freiheitsfördernde politische Projekte aufbauen können. Erst dann würde sich die Utopie des open data, dass "der Verlust des Datenprivilegs zu neuen Machtstrukturen innerhalb einer Gesellschaft führen kann" (Quelle: [www.zeit.de \[Link: http://www.zeit.de/digital/internet/2010-04/open-data-repubblica/komplettansicht\]](http://www.zeit.de/digital/internet/2010-04/open-data-repubblica/komplettansicht)), auch einlösen lassen. Im Sinne der GPL handelt es sich bei open data zunächst um eine praktische Realisierung der Freiheiten eins und drei in Bezug auf gewisse Datensätze. Daraus entstehen dann Grade der Transparenz, die sowohl quantitative wie auch qualitative Dimensionen besitzt.

Um die Freiheiten zwei und vier realisieren zu können, sind nicht nur Lizenzen notwendig, sondern auch Organisationsformen, in denen Partizipation nicht nur auf der Nutzer-, sondern auch auf der Produzentenebene möglich ist. Daher sind freie Projekte eben nicht nur Ressourcen, die alle gratis nutzen können (wie etwa die Services vieler Internet Firmen), sondern solche, die so organisiert sind, dass auch Partizipation an ihrer (Weiter)Entwicklung praktisch möglich ist. Auch hier kann es sich immer nur um Grade der Partizipation handeln, denn es gibt immer gute Gründe, gewisse Formen der Partizipation auszuschließen, sei es, weil sie für die Ressource destruktiv sind, oder weil sie das Projekt in eine Richtung verändern würden, die nicht dem Konsens der Gemeinschaft entspricht. Es geht also weniger um die Frage, ob es Filter, Regeln und Grenzen geben soll, sondern welchem Zweck diese dienen, wer die relevanten Entscheide fällt, und welche Mechanismen bestehen, um diese Schließungsmechanismen zu verhandeln und gegebenenfalls zu verändern.

In Bezug auf Wikipedia ist der Grad der Freiheiten in der Praxis unterschiedlich. Formal sind die Möglichkeit der Partizipation sehr groß, vom einfachen Editieren eines Artikels, zur Auslegung bestehender Regeln (etwa die Frage, ob ein Thema in eine Enzyklopädie gehört) durch offene, transparente Diskussionen (auf den Diskussionsseiten) bis zur Debatte über grundsätzliche Systementscheide (etwa der Wechsel der Lizenz, die die Verwendungsmöglichkeiten der Ressource rechtlich definiert). In der Praxis jedoch haben sich eine Vielzahl von informellen Schließungsmechanismen etabliert, die die Hürde zur Partizipation wieder sehr hoch legen. Unter der Hand hat sich im Inneren der Wikipediagemeinde eine Art geschlossener Club gebildet, zu dem nur Zugang hat, wer sich entsprechend der ungeschriebenen Clubkultur anpasst. Auf Basis dieser gemeinsamen Kultur entsteht ein Vertrauen, das für die Zusammenarbeit absolut essentiell ist, es aber Neuankömmlingen schwer macht, wirklich zu partizipieren. Viele Elemente der Clubkultur sind informell, das heißt, sie können nicht offen verhandelt werden. Dadurch entstehen Machtstrukturen, die sich verhärten und verselbstständigen. Dies ist kein neues, oder für Wikipedia einzigartiges Phänomen, sondern wurde von George Orwell in seiner berühmten Parabel "Farm der Tiere"(1945) beschrieben und von der feministischen Autorin Jo Freeman (1970) als "Tyrannie der Strukturlosigkeit" analysiert. Weil es offiziell keine Hierarchien gibt (es handelt sich ja um eine Gemeinschaft) fehlen auch die Mittel, um entstehende Hierarchien zu kontrollieren und damit greift die tatsächlich bestehende Machtordnung umso mehr.

Nebst einer Vielzahl anekdotischer Berichte über negative Erfahrungen – die für sich genommen nicht besonders aussagekräftig sind, denn bei einem Projekt dieser Größe gibt es für alle Erfahrungen eine Vielzahl von Einzelfällen – weisen doch auch einige repräsentative Zahlen auf die Tendenz der Abschottung hin. So werden etwa die Editoren und Administratoren – der innere Kern der Community – immer älter. Immer weniger neuen Mitgliedern gelingt es, in diesen Kreis vorzustoßen. So fasst etwa der Blog "wiki-watch.de" die kürzlich durchgeführte [Editor Trends Study \[Link: http://strategy.wikimedia.org/wiki/Editor_Trends_Study/Results\]](http://strategy.wikimedia.org/wiki/Editor_Trends_Study/Results) folgendermaßen zusammen:

Der Studie zufolge waren in der englischsprachigen Wikipedia vor 2005 etwa 40 Prozent der neuen Autoren auch ein Jahr nach ihrer Registrierung noch aktiv. ... In den Jahren 2005 und 2006 nahm dieser Wert rapide ab. Seither bearbeiten nur noch zwischen 12 und 15 Prozent der neu angemeldeten Autoren auch ein Jahr später noch Artikel. Mit anderen Worten: Nur noch etwa jeder achte Neu-Autor bleibt der Wikipedia erhalten. Besonders bemerkenswertes Ergebnis der Studie für die deutschsprachige Wikipedia ist: Keine Wikipedia-Community altert schneller. 2010 waren von allen deutschsprachigen Autoren nur 25 Prozent seit weniger als einem Jahr dabei, alle weiteren waren bereits seit über einem Jahr aktiv. 2005 stießen noch 70 Prozent der Autoren neu dazu, 2007 etwa 40 Prozent. (Quelle: [Wikiwatch Blog der Europa Universität Viadrina Frankfurt \(Oder\) \[Link: http://blog.wiki-watch.de/?p=864\]](http://www.wikiwatch.blog.de/?p=864))

Dass diese Zahlen überhaupt vorhanden sind, und sich daraus eine aktive Diskussion entwickelt, liegt an der außerordentlich großen Transparenz der Wikipedia, die Nutzungszahlen zur freien Analyse zur Verfügung stellt. Hier entwickeln sich also Transparenz und Offenheit nicht parallel zu einander.

Die Freiheit der freier Kultur

Als eine erste Annäherung, um den Charakter eines "freien" Projekts zu beurteilen, kann es also hilfreich sein, sich zu fragen, wie der Handlungsspielraum der Nutzer und der Produzenten innerhalb des Projekts konfiguriert ist. Welche Möglichkeiten haben sie, zwischen den verschiedenen Rollen zu wechseln? Wer bestimmt die Regeln und deren Anwendung? Diese Fragen wiederum haben sowohl juristische wie auch technische Dimensionen, und sie sind in konkrete organisatorische und kulturelle Praktiken eingebettet. Im Zusammenspiel dieser verschiedenen Ebenen entstehen größere oder kleinere Freiheitsgrade, mehr oder weniger Offenheit, Transparenz und Partizipation. Die Sache wird noch komplizierter, wenn man berücksichtigt, dass das Zusammenspiel keineswegs statisch ist, sondern ein Projekt ruckartig oder schleichend seinen Charakter verändern kann. Die Wikipedia entwickelt etwa im Moment gerade eine Praxis, die die Partizipation de facto einschränkt. Mit anderen Worten, auch in den besten Freien Projekten – ganz zu schweigen von den nur Freiheit simulierenden Projekten der kommerziellen Kontrolle – ist Freiheit immer provisorisch und muss laufend erneuert werden.

Quellen / Literatur

- Freeman, Jo (1970ff). [The Tyranny of Structurelessness \[Link: http://www.jofreeman.com/joreen/tyranny.html\]](http://www.jofreeman.com/joreen/tyranny.html) .
- Fuster Morell, Mayo (2011). The Unethics of Sharing: Wikiwashing. International Review of Information Ethics. Vol. 15. (September)
- Klimpel, Paul (2012). Freies Wissen dank Creative-Commons-Lizenzen – Folgen, Risiken und Nebenwirkungen der Bedingung "nicht kommerziell – NC". irth.info (Mai)
- Klopp, Tina (2010). Mit alten Daten neues Wissen schaffen. Zeit online (16. April)
- Protalinski, Emil (2012) Survey: Facebook, Google privacy policies are incomprehensible (May 4), [zdnet.com \[Link: http://www.zdnet.com/blog/facebook/survey-facebook-google-privacy-policies-are-incomprehensible/12420\]](http://www.zdnet.com/blog/facebook/survey-facebook-google-privacy-policies-are-incomprehensible/12420)
- Stegbauer, Christian (2009). Wikipedia: Das Rätsel der Kooperation (Netzwerkforschung Band 2) . Wiesbaden, VS Verlag

Fußnoten

- [1] Fuster Morell, Mayo (2011). The Unethics of Sharing: Wikiwashing. International Review of Information



[Link: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>]

Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz "CC BY-NC-ND 3.0 DE - Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitung 3.0 Deutschland" [Link: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>] veröffentlicht. Autor/-in: Felix Stalder für bpb.de

Sie dürfen den Text unter Nennung der Lizenz CC BY-NC-ND 3.0 DE und des/der Autors/-in teilen.

Urheberrechtliche Angaben zu Bildern / Grafiken / Videos finden sich direkt bei den Abbildungen.

Sie wollen einen Inhalt von bpb.de nutzen? [Link: <https://www.bpb.de/die-bpb/faq/184955/nutzungsrechte/>]

Weitere Inhalte

Infografik

Wikipedia Artikelzahl [Link: <https://www.bpb.de/themen/bildung/wikipedia/154805/wikipedia-artikelzahl/>]

Auf den ersten Blick wirkt die Statistik wie ein Beleg für den riesigen Erfolg des Projektes Wikipedia. In allen Sprachversionen steigt die Zahl der Artikel von Jahr zu Jahr. Allein die...

Artikel

Offene Grenzen? [Link: <https://www.bpb.de/themen/bildung/wikipedia/145828/offene-grenzen/>]

"Wissen ohne Gütesiegel" oder "Wissen von allen für alle"? Rainer Kuhlen seziert Wikipedia und Wissenschaft auf der Suche nach gemeinsamen (Qualitäts-)Kriterien: Handelt es sich dabei...

Artikel

Lernen und Gesellschaft im Read/Write-Modus [Link: <https://www.bpb.de/themen/bildung/wikipedia/145825/lernen-und-gesellschaft-im-read-write-modus/>]

Beteiligungsangebote werden nur ernst genommen, wenn tatsächlich Einfluss möglich ist – lautet einer der Grundsätze, der für die Wikipedia und die politische Bildung gleichermaßen gilt. Neben...

Artikel

Wechselbeziehung zwischen Wikipedia und Wissenschaft

[Link: <https://www.bpb.de/themen/bildung/wikipedia/145829/wechselbeziehung-zwischen-wikipedia-und-wissenschaft/>]

Wissenschaftliche Erkenntnisse sind für die Wikipedia unerlässlich. Statt "neues Wissen" zu schaffen, setzt sie auf die Aufbereitung gesicherten Wissens. Daraus erwächst ein spannungsreiches...

Artikel

Wikipedia im Schulunterricht [Link: <https://www.bpb.de/themen/bildung/wikipedia/145826/wikipedia-im-schulunterricht/>]

Für Schüler ist Wikipedia längst die zentrale enzyklopädische Anlaufstelle. Wie können Bildungseinrichtungen mit ihr umgehen - statt sie zu verbieten? Der Beitrag zeigt unterschiedliche Ansätze,...

Artikel

Wikipedia und Geschichtslernen [Link: <https://www.bpb.de/themen/bildung/wikipedia/145824/wikipedia-und-geschichtslernen/>]

Gerade bei geschichtlichen Themen können sich Probleme durch die Art der Informationen ergeben, die Wikipedia bietet: Sie konzentriert sich auf Faktenaussagen, überrepräsentiert Ereignisgeschichte...